

II-1487 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 472 /J

1976 -11- 03

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. ERMACORA, Dr. BUSEK
und Genossen
an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
betreffend Nicht-Einhaltung von Berufungszusagen durch
das Bundesministerium für Wissenschaft und
Forschung

Die in der letzten Zeit getroffenen Sparmaßnahmen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (Kürzung der Lehraufträge, Einziehung von Assistentendienstposten) haben zu teilweise bedenklichen Auswirkungen auf den Lehr- und Forschungsbetrieb der Universitäten geführt. Durch die Sparpolitik ist auch die Erfüllung von offenen Berufungszusagen betroffen. Immer wieder werden von Seiten der Universitätslehrer Klagen darüber laut, daß Zusagen über eine bestimmte Personal- und Sachausstattung des Institutes, die jeweils Grundlage für die Annahme einer Berufung an eine inländische Universität sind, nicht eingehalten werden.*

So hat das Bundesministerium in einer Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Dr. Busek, Dr. Blenk, Dr. Ermacora und Genossen am 18. Juni 1976 (332/AB) ausgeführt, daß an der Universität Salzburg von den in Vormerkung genommenen Berufungszusagen 28 Dienstposten für wissenschaftliche Bedienstete, 36 1/2 Dienstposten für sonstige Bedienstete und 16,256.000 S an Sachdotationen offen sind.

Die Klagen von Professoren der Universität Wien weisen darauf hin, daß auch an dieser Universität eine große Zahl von Berufungszusagen offen ist.

So hatte ein Professor der philosophischen Fakultät der Universität Wien im Jahr 1974 die Berufung an diese Fakultät unter der Zusage des Ministeriums, daß er 3 Assistenten sowie eine bestimmte Sachdotations für Bücher erhält, angenommen. Bisher wurde ihm aber erst 1 Assistentendienstposten und von den Raten an Sachdotationen ca. 30% zugewiesen. In einem anderen Fall wurden einem Universitätsprofessor 2 Akademikerposten und eine Sekretärin sowie eine Sachdotations für Buchanschaffungen zugesagt. Bisher wurden ihm aber erst 1 Akademikerposten sowie 1/4 der Sachdotations zugewiesen. In den beiden Fällen haben die betroffenen Professoren Berufungsangebote aus dem Ausland abgelehnt. Die mangelhafte Erfüllung dieser Zusagen führt in jedem Fall zu einer Behinderung in der Lehr- und Forschungstätigkeit.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung folgende

A n f r a g e :

1. Wie viele Dienstposten und wie viele sogenannte außerordentliche Dotationen in Berufungszusagen sind derzeit an der philosophischen Fakultät (jetzt: grund- und integrativwissenschaftliche, geisteswissenschaftliche, formal- und naturwissenschaftliche Fakultät) der Universität Wien offen?
2. Wann werden Sie die Zusagen über die personelle und sachliche Ausstattung der Institute, die an dieser Fakultät offen sind, erfüllen?
3. Wie weit sind die an dieser Fakultät (Fakultäten) offenen Berufungszusagen im Entwurf des Bundesvoranschlages 1977 berücksichtigt?